
Der NAWU-Report

**Zu Binswanger/Geissberger/Ginsburg
(Hrsg.), Der NAWU-Report: Wege aus
der Wohlstandsfalle, Strategien gegen
Arbeitslosigkeit und Umweltkrise,
S. Fischer Verlag GmbH, Frankfurt a.
Main 1978, 306 Seiten.**

NAWU heißt: Neue Analysen für Wachstum und Umwelt. Dahinter verbirgt sich ein Forschungsbericht, der neue Wege für unsere Zukunft aufzuzeigen versucht sowie Strategien gegen Umweltzerstörung entwirft, ohne die Probleme der Arbeitslosigkeit und Inflation außer acht zu lassen.

Daß wir uns in einer »Wohlstandsfalle« befinden, ist spätestens seit der Veröffentlichung der Studie des »Club of Rome« den meisten bewußt geworden. Die Knappheit unserer Ressourcen vor allem im Energiebereich beherrscht seitdem die öffentliche Diskussion. Dies hatte zur Folge, daß einerseits sparsamere Produktionsverfahren und bessere Abfallverwertungsmethoden gefördert wurden, andererseits eine kritische Auseinandersetzung mit der Wachstumseuphorie nicht mehr zu umgehen war. Die dazukommende Rezession deckte den vorhandenen Konflikt zwischen den Verfechtern des Wirtschaftswachstums und denjenigen des Umweltschutzes auf. Obwohl die Signale einer Umweltkatastrophe immer deutlicher wurden (siehe Seveso oder kürzlich die Ölpest in der Bretagne), so geben sich die Technokraten weiterhin opti-

mistisch, indem sie nicht nur die Bewältigung der Umweltprobleme, sondern noch mehr Wohlstand versprechen. Die Auseinandersetzung geht so weit, daß den »Umweltschützern« sogar die Schuld für den Rückgang der Investitionstätigkeit in die Schuhe geschoben wird, ohne zu fragen, ob die Kluft zwischen Umweltschutz und Wirtschaftswachstum notwendig ist. Es stellt sich die Frage, ob es denn keine Alternative gäbe, die zur Vollbeschäftigung führe, ohne die Umwelt kaputt zu machen? Brauchen wir überhaupt Wachstum und wenn ja, wie wird es sinnvoll definiert? Sollten nicht eher die qualitativen Aspekte unserer Lebensweise gefördert werden? Welche Wege gibt es aus unserem Dilemma?

Auf diese und weitere Fragen gehen die Autoren des Buches ein, das die Resultate der mehrjährigen interdisziplinären Forschungsarbeit eines 23-köpfigen Forschungsteams in leicht verständlicher Sprache zusammenfaßt. Dabei gehen sie davon aus, »daß die Gesellschaft verändert und die Wirtschaft in neue Bahnen gelenkt werden kann« (S. 14).

Sie beabsichtigen durch eine exakte Analyse unserer gegenwärtigen Situation die Möglichkeiten und Bedingungen für eine Wirtschaft ohne Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung aufzuzeigen. Die dargestellten Szenarios sollten nicht nur auf dem Papier entworfen, sondern auch mit demokratischen Mitteln in die Praxis umgesetzt werden. Dabei wären individuelle wie gesellschaftliche Strukturen zu ändern. »Der freiwillige Verzicht von Konsumenten auf ökologisch schädliche Produkte ist zum Beispiel ebenso von Bedeutung wie entsprechende gesetzliche Vorschriften« (S. 301).

Eine große Hoffnung wird in die Verbesserung des demokratischen Prozesses gelegt. Dies dürfte jedoch in der Praxis nicht einfach sein. Welche politische Partei ist heute imstande, alternative Konzepte der Wirtschaftspolitik aufzuzeigen, für die sich der Bürger

entscheiden kann? Die heutige Situation zeichnet sich durch vage Definierung der Ziele sowie durch mangelnde Instrumente zu deren Erreichung aus. Was auf der wissenschaftlichen Ebene bis ins Detail durchexerziert wird, läßt sich in der Praxis nicht anwenden. Auf diese Weise wird es möglich, daß die Wissenschaftler die reine Theorie und die Praktiker ihre Tagespolitik betreiben. Überdies ist die Wirtschaftspolitik rein reaktiv ausgerichtet, das heißt daß immer nur dasjenige Ziel im Vordergrund steht, dessen Realisierung am meisten bedroht erscheint. »Phasen der Inflationsbekämpfung wechseln mit Phasen der Beschäftigungspolitik« (S. 128). Das Rezept der Stabilitätspolitik besteht in einem ständigen Wechsel von »Stop and Go«-Phasen.

Sollten also einerseits die Wissenschaftler vermehrt zum Wort kommen, so müssen auch andererseits die Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Auch die Öffentlichkeit müßte die Politiker mehr dazu zwingen, Konzepte vorzulegen und sich an diese zu halten.

Auf Grund ihrer Analyse kommen die Autoren des Buches zu der Forderung, daß die wirtschaftspolitischen Ziele durch das Ziel der Umweltstabilisierung ergänzt werden sollen. Dabei vertreten sie die These, daß »die Einführung der Umweltstabilisierung in das Zielsystem der Wirtschaftspolitik die Erfüllung der konjunkturpolitischen Aufgaben nicht schwieriger mache, sondern im Gegenteil leichter, ja überhaupt erst möglich« werden lasse (S. 129). Die Instrumente der makroökonomischen Wirtschaftspolitik sollen im wesentlichen die gleichen bleiben. Das Schwergewicht wird auf eine stärkere Koordination zwischen den einzelnen Bereichen gelegt und mehr Verantwortung von den Politikern gefordert. Die Voraussetzung für das Funktionieren sei eine »Gesamtkonzeption, die nicht nur Symptome einer Krise bekämpfen, sondern die Krise selber beheben will...« (S. 139).

Zuerst müssen aber bessere Meß-

größen für die Wirtschaftsaktivitäten und Lebensqualität gefunden werden. Nach jenen könnten sich dann die Maßnahmen ausrichten. Bekanntlich ist das heutige Konzept des Brutto-sozialproduktes weder dazu geeignet, etwas über die Qualität des Lebens auszusagen, noch wird der Raubbau an Umwelt und Ressourcen berücksichtigt. Trotzdem kommt dieser Meßgröße bei internationalen Vergleichen eine hervorragende Bedeutung zu. Deswegen überträgt sich auch die Ansicht auf die Mehrheit der Bevölkerung, der beste Beitrag, den die Wirtschaft zum Wohlstand der Gesellschaft leisten könne, sei das schnelle Wachstum des Sozialproduktes. Dies ließe sich aber nur dann rechtfertigen, wenn das Wachstum ohne Abbau am materiellen Vermögen möglich wäre, nicht zu reden von Raubbau an menschlichen und kulturellen Werten. »Ein großer Teil des Verkehrs, des Gesundheitswesens, des Polizeiwesens und der Sozialleistungen ergibt sich aus der Notwendigkeit, Folgen des Wachstums zu korrigieren, und vermittelt keinen zusätzlichen Nutzen« (S. 109). Nach amerikanischen Schätzungen wurden nach 1958 gut zwei Drittel der Zuwachsraten »verpufft« (S. 104), was nichts anderes bedeutet, als daß die steigende Produktion einen immer geringer werdenden Nutzen bringt.

Der Übergang zum qualitativen Wachstum könne nur auf demokratische Weise friedlich gelöst werden, indem sowohl die Begünstigten als auch die Benachteiligten mitentscheiden können. Die Rückbesinnung auf das Wirtschaftsprinzip der Knappheit werde dem Menschen nicht nur Beschränkungen auferlegen, sondern ihm sogar eine größere Freiheit gewährleisten, da das Technosystem in Wirklichkeit ein großes Gefängnis sei (S. 306). Alle politischen Entscheide sollen in Zukunft von der Frage bestimmt sein, welche weitere Belastung die Natur noch ertragen könne, ohne die Lebensgrundlage der Menschheit zu zerstören.

Offen bleibt in diesem Zusammenhang, welche Verantwortung der einzelne überhaupt tragen kann und über welche Informationen er verfügen muß, um die Konsequenzen seines Handelns abzusehen? Die Voraussetzungen für dezentrale, umweltfreundliche Entscheide sind auch aus dieser Sicht noch lange nicht gegeben.

Wie können denn Lösungen dezentral und demokratisch gefunden und durchgesetzt werden, wenn die Wirkungszusammenhänge immer globaler werden und das Wissen über die Konsequenzen in wenigen Köpfen konzentriert ist? Welche Formen der Demokratie haben die Autoren vor Augen gehabt? Beim Entwurf der Strategien einer alternativen Gesellschaft lassen sich die Autoren zunächst von der platonischen Utopie einer stabilen Wirtschaft inspirieren. Das Anliegen Platos war es, Schranken gegen die menschliche Maßlosigkeit, die zu äußeren wie inneren Übelständen führe, aufzurichten (S. 216). Die Vorstellungen, die Plato in seinem Alterswerk »Die Gesetze« entwickelte, dienen hier als Wegweiser aus unserer Misere.

Als Angelpunkt ihrer Lösungsvorschläge sehen die Autoren eine umfassende Demokratisierung von Gesellschaft und Wirtschaft im Sinne einer erweiterten Partizipation aller Kreise der Bevölkerung an politischen und ökonomischen Entscheidungen. Dabei sollen außer dem langfristigen Ziel der Umweltstabilisierung auch kurzfristige Strategien entwickelt werden. »Der strategische Aufbruch zum langen Marsch auf eine umweltgerechte Gesellschaft hin kann wenig spektakulär im »Kleinen Netz« der Gemeinschaft im Wohnbereich beginnen...« (S. 215). Die Siedlungsgemeinschaften sollten als Brücke zu einer neuen Lebensform dienen. (15 bis 20 Familien, die Gemeinschaftsdienste erfüllen.) Das Modell des »Kleinen Netzes« wird hier quasi als Übergang zu einer neuen Lebensform vorgeschlagen. Obwohl eine Reihe von Voraussetzungen vor allem auf der politischen Ebene erst

zu schaffen wäre, beurteilen die Autoren des Buches die Chancen der Durchsetzbarkeit dieser Strategie durchaus positiv. Aufgaben, die dem Staat zugeordnet wurden, sollten wieder direkt von der Gesellschaft übernommen werden. Zum Beispiel könnten Quartiergruppen einen Teil der Kranken- und Pflegedienste selber übernehmen und damit nicht nur bessere und billigere medizinische Versorgung sichern, sondern auch den Staat entlasten. Scheinen diese Strategien durchaus realistisch und notwendig zu sein, so bleibt zu bezweifeln, ob sie letztlich eine qualitative Änderung des Gesamtsystems bewirken können. Vielmehr steht ihnen eine Lückenbüßerfunktion zu, genau so wie dem vorgeschlagenen Ausbau des Sozialdienstes. Weiter zu berücksichtigen ist die Tatsache, daß die Entwicklung zur Kleinfamilie und die Landflucht noch nicht abgeschlossen ist. Im Einzelfall können die »Kleinen Netze« durchaus erfolgreich sein. So lange jedoch die Mobilität der Arbeitskräfte ansteigt, werden sich erhebliche Organisationsprobleme stellen. Bedeutungsvoll scheinen hingegen die Vorschläge einer Eigentumsreform, die sich sowohl auf das Bodeneigentum im Sinne der Bodennutzung als auch auf die Neugestaltung der Rechtsformen der Unternehmung beziehen. Konkretere Untersuchungen in dieser Richtung sind im Gange und werden in Einzeluntersuchungen publiziert. Die Umwelt soll als Gemeingut verstanden werden.

Auf dem landwirtschaftlichen Sektor wird im Einklang mit der »UNO-Erklärung von Cocoyoc« aus dem Jahr 1974 eine stärkere Autarkie (höherer Selbstversorgungsgrad) gefordert. Dabei wird auf die Möglichkeiten der Konsumenten hingewiesen, die biologische Landproduktion durch eine bewußtere Kaufwahl zu fördern, indem ein niedrigerer Anspruch auf die äußere Makellosigkeit der Produkte gelegt wird. Schließlich wird in einem besonderen Kapitel eine »neue Energiepolitik« dargestellt, die zur Stabili-

sierung des Verbrauches führen soll. Wurde die Energieversorgung in den letzten Jahrzehnten auf die Erfüllung der Ziele »preisgünstig« und »reichlich« ausgerüstet, ist heute eine Verschiebung der Prioritäten zugunsten der Versorgungssicherheit und Umweltfreundlichkeit zu fordern. Es wird ein Konzept der Energiebegrenzung vorgeführt, dessen Hauptinstrument eine Art von Energiesteuern bildet. Anschließend werden die Auswirkungen einer Energieverbrauchsstabilisierung auf andere wirtschaftspolitische Ziele diskutiert. Die Überlegungen stützen sich auf eine Fallstudie für die Schweiz ab, die von einigen Mitautoren durchgeführt worden war. Darin wird festgestellt, daß bei einer Energiestabilisierung eher eine Zunahme der Beschäftigung zu erwarten wäre.

Wenn auch die vorgelegten Lösungs-

vorschläge im Vergleich zu den angeschnittenen Problemen eher zu harmlos anmuten, ist die Lektüre des Buches gleichwohl sehr zu empfehlen. Verständlicherweise wird auch bei den Strategien mehr auf die Analyse des Zustandes und der Zukunftsperspektive eingegangen als normative Konzepte angeboten. Das Buch stellt vor allem eine gute Übersicht über die Komplexität der Umweltproblematik dar und kann als reichlich fließende Inspirationsquelle zu den einzelnen Problemkreisen aufgefaßt werden. Trotz des Umfanges der Studie ist es den Autoren gelungen, einem breiten Publikum theoretische Möglichkeiten für die Umlenkung auf den Weg des qualitativen Wachstums aufzuzeigen. Die Frage der Realisierbarkeit wird aber leider nicht ausdiskutiert.

Jiří Dobrovolsky